

II- 3718 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 22. März 1974

No. 1808/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Regensburger
und Genossen
an den Bundesminister für Unterricht und Kunst
betreffend Gleichstellung der Schüler der Bundesgymnasien für
Berufstätige durch das Schülerbeihilfengesetz

Bei der konstituierenden Sitzung des Dachverbandes der Absol-
ventenverbände der höheren Schulen für Berufstätige Österreichs
am 15.3.1974 wurde folgende Resolution einstimmig beschlossen:

"Wir finden es überaus bedauerlich, daß zu einer Zeit, in der
das Thema Erwachsenenbildung größte Bedeutung erlangt hat,
bereits bestehende Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges, ins-
besondere die BG und BRG. für Berufstätige, die schon seit Jahr-
zehnten erfolgreich die Weiterbildung erwachsener Berufstätiger
betreiben, von der Gesetzgebung grob vernachlässigt werden.

Es muß daher auf die spezifischen Eigenheiten und Probleme, die
dieser Schultypus mit sich bringt, in bereits bestehenden Gesetzen
und Verordnungen wie auch in künftig zu erlassenden Gesetzen und
Verordnungen endlich Bedacht genommen werden.

Wir fordern daher:

Eine Gleichstellung der Schüler der Bundesgymnasien für Berufs-
tätige durch das Schülerbeihilfengesetz mit den Schülern der
berufsbildenden höheren Schulen, welche eine Unterstützung durch
das AMFG erhalten.

Begründung:

Die Schüler der berufsbildenden höheren Schulen erhalten durch
das AMFG bis zu 40 % ihres letzten Einkommens während der letzten
6 Monate vor der Matura. Den Schülern der Bundesgymnasien für
Berufstätige wird hingegen nur ein fixer Unterstützungssatz für
3 Monate gewährt, der außerdem wesentlich unter dem Betrag des
AMFG liegt.

- 2 -

Wir möchten außerdem darauf hinweisen, daß die Gesamtsumme, die einem Tagesmittelschüler von der 5.Klasse an möglicherweise gewährt werden kann, den Auszahlungsbetrag weit übersteigen kann, den das Schülerbeihilfengesetz für den Besucher des Bundesgymnasiums für Berufstätige vorsieht."

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Unterricht und Kunst folgende

A n f r a g e:

1. Ist Ihnen die Resolution vom 15.3.1974 bekannt?
2. Wenn ja, welche Konsequenzen haben Sie daraus gezogen?
3. Werden Sie den berechtigten Wünschen des Dachverbandes der Absolventenverbände der höheren Schulen für Berufstätige entsprechen?